Berliner Tageblatt

XIII. Jahrg. Nr. 8

21. Februar 1924

Wochen-Ausgabe für Ausland und Uebersee

Erscheint Mittwoch. Bezugspreis für das Ausland: jährlich: Aegypten 25 sh, Argentinien 15 Peso p., Belgien 90 Frs., Bolivien 5 $ U.S.A., Brasilien 30 Milreis, Bulgarien 400 Lewa, Chile 36 Peso p., China 25 sh, Columbien 5 $ U.S.A., Dänemark 25 Kr., Ecuador 5 $ U.S.A., Estland 1200 estn. M., Finnland 150 finn. M., Frankreich 90 Frs., Griechenland 320 Drachmen, Grossbritann. u. Kol. 25 sh, Holland 10 fl., Italien 75 Lire, Japan 12 Yen, Jugoslawien 3.0 Dinar, Lettland 1000 lettl. Rub., Litauen 40 Lit, Luxemburg 90 Frs., Mexiko u. Kuba 5 $ U.S.A., Norwegen 25 Kr. Oesterreich 375000 österr. Kr., Paraguay 15 arg. Peso p., Peru 1¼ Lp., Polen 5 $, Portugal 80 Esc., Rumänien 600 Lei, Schweden 20 Kr., Schweiz 30 Fr., Spanien 30 Pesetas, Tschechoslowakei 150 Kr., Türkei 6 türk. Pfd. Ungarn 60000 ung. Kr., Uruguay 6 Peso oro, Venezuela 5 $ U.S.A., Vereinigte Staaten (U.S.A.) 5 $, Zentralamerika 5 $ U.S.A. Anzeigen für die zwölfgespalt. Nonpareillezeile (Rudolf Mosses Normalzeilenmesser 4) 0,75 Goldmark freibleib. Allein.Anz.-Annahme: Annoncen-Exped. Rudolf Mosse Berlin SW 19, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Halle a. S., Köln a. Rh., Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart, Prag, Wien, Budapest, Warschau, Basel, Zürich. Druck u. Verlag von Rudolf Mosse-Berlin. Telegr.-Adr.: „Berliblа" Berlin. — Rudolf Mosse-Code.

„Der Fall Perchot."

Einige neue Dokumente.

Von

* * *

Bevor wir die Machenschaften Iswolskis in Paris während der Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges weiter verfolgen, empfiehlt es sich, aus dem Fluss der Ereignisse ein Intermezzo herauszugreifen. Es schliesst sich nämlich direkt an die Enthüllungen der „Humanité" über die Bestechung der französischen Presse mit russischen Rubeln an und wirft zugleich ein Licht auf das Zusammenarbeiten hinter den Kulissen zwischen dem Botschafter des Zaren und Poincaré.

Wir erinnern uns zunächst daran, dass der Kammerherr Dawidow, der im Herbst 1912 nach Paris gesandt wurde, um die geplante Subventionierung der dortigen Zeitungen in die Wege zu leiten, nach Beendigung seiner Besprechungen mit dem französischen Ministerpräsidenten an Kokowzow telegraphierte, Poincaré bitte, auch seinen unbequemen, radikalen Gegner Perchot zu empfangen und zu „beruhigen". Das Wort „beruhigen" in Verbindung mit den 300 000 Francs, die Petersburg zur Verfügung stellen sollte, ist von eindeutiger Zweideutigkeit, aber es ist immerhin vorsichtig gewählt. Noch delikater drückte sich Iswolski selbst aus, der Dawidows Gesuch unterstützte, indem er am gleichen Tage folgende, noch nirgends veröffentlichte Depesche an Sasonow sandte:

Telegramm Nr. 354. Paris, 29. Oktober / 11. November 1912.

Berufe mich auf mein Telegramm Nr. 335.

Ich erlaube mir wiederum, Ihr ernstestes Augenmerk auf den Fall Perchot zu lenken. Die von ihm nicht nur in der Presse, sondern auch in Parlamentskreisen begonnene Kampagne nimmt von Tag zu Tag zu und macht Poincaré überaus besorgt, der instädig bittet, diesen Fall einem gerechten Schiedsgericht zu unterziehen, da der gerichtliche Weg sich unfehlbar eine sehr lange Zeit hinziehen wird. Doch das prinzipielle Einverständnis mit einem Schiedsgericht würde genügen, um Perchot zu beruhigen. Poincaré sprach heute mit Dawidow darüber, der seinerseits Kokowzow telegraphierte. Iswolksi.

Die Sprache dieses Telegramms erscheint zunächst dunkel wie der ganze Vorgang, aber die folgenden neuen Dokumente verraten uns sehr bald, dass „Schiedsgericht" ungefähr einstweilige Zusage von Geldunterstützung bedeutet, während unter dem „gerichtlichen Wege" eine Ueberweisung der betreffenden Summe zu verstehen sein dürfte, die natürlich längere Zeit in Anspruch nahm.

Scheinbar stiess auch der hier behandelte Vorschlag des russischen Botschafters in Paris bei Kokowzow auf jenen „Widerwillen", mit dem der russische Finanzminister die ganze Bestechungsangelegenheit, ebenso wie Raffalowitsch, ansah. Denn Petersburg zögerte, wie wir sogleich sehen werden, mit der Entscheidung. Inzwischen rückte die Neuwahl des Präsidenten der französischen Republik immer näher. Sie sollte am 17. Januar des Jahres 1913 stattfinden, und Iswolskis Kandidat war bekanntlich Poincaré. In einem Privatbrief an Sasonow schrieb er am 10. Januar: „Wenn, was Gott verhüten möge, Poincaré eine Niederlage erleiden sollte, so wird dies für uns eine Katastrophe sein ..." (Livre Noir, II, S. 8.)

Kurz zuvor richtete er folgendes Telegramm an den Aussenminister:

Telegramm Nr. 504. Paris, 30. Dezember / 2. Januar 1912/13.

Der französische Kriegsminister Millerand musste ganz unerwartet und infolge eines ganz unwesentlichen Vorfalls — weil er den aus dem Dreyfus-Prozess bekannten Oberstleutnant Paty de Clam wieder in Dienst gestellt hatte — um seinen Rücktritt nachsuchen und wurde durch den gegenwärtigen Kolonialminister Lebrun ersetzt.

Diese ganze Angelegenheit hat den Charakter einer politischen Intrige der äussersten Radikalsozialisten gegen die Präsidentschaftskandidatur Poincarés. Der Rücktritt Millerands wird zweifellos in den Reihen des französischen Heeres höchstes Bedauern hervorrufen, da er in ihm eine grosse Beliebtheit geniesst. Die Ernennung Lebruns kann nur einen zeitweiligen Charakter haben, weil nach der Wahl des neuen Präsidenten das ganze Kabinett in jedem Falle zurücktreten muss. Iswolski.

Man sieht auch hier, mit welcher Ungeduld der Absender um den Sieg seines politischen Freundes bangt. Die Intrigen der äussersten Radikalsozialisten bereiten ihm grosse Sorgen. Sein Eifer macht uns den Eindruck, als sei der Kampf Poincarés um die Macht zugleich eine Frage des Erfolges für Iswolski selbst. Dass dem in der Tat so ist, verrät uns eine weitere Depesche, deren Inhalt ein Licht auf die geheimen Zusammenhänge dieser Tage wirft:

Telegramm Nr. 456. Paris, 21. Dezember / 3. Januar 1912/13.

Erhielt Ihre Briefe Nr. 1301 und 1306.

Poincaré bat mich, Ihre Aufmerksamkeit nochmals auf den Fall Perchot zu lenken, der ihn noch immer sehr besorgt macht. Er sagt, dass **die Kombination mit den russischen Banken**, die im Briefe Perchots an W. V. Kokowzow erwähnt wird, gegenwärtig dem Finanzministerium zur Durchsicht vorliege und dass er hoffe. Sie werden es nicht unterlassen, auf eine günstige Lösung hinzuwirken. **Aus durchaus vertrauenswürdiger Quelle ist mir bekannt, dass es für Poincaré von grosser Wichtigkeit ist, dass der Fall bis zum 4. Januar alten Stils erledigt wird, d. h. bis zur Präsidentenwahl, denn Perchot kann sehr ernstlich auf diese Wahl einwirken.** Ich bin der Ansicht, dass es für uns sehr erwünscht wäre, der Kandidatur Poincarés diese Unterstützung zu gewähren.

Iswolski.

Wir wollen zunächst den Fall Perchot bis zu Ende verfolgen, wenigstens so weit, als unsere Dokumente es ermöglichen. Es liegen uns noch zwei kurze Schriftstücke vor, die am Anfang des Jahres 1913 von dem Geschäftsträger der russischen Botschaft in Paris abgesandt wurden:

Telegramm Nr. 21. Paris, 7./20. Januar 1913.

Wie mir mitgeteilt wird, liegt in Sachen Perchot von seiten des Ministeriums der Finanzen eine neue Verzögerung oder sogar eine Ablehnung vor. Da die Franzosen der Meinung sind, dass ihnen unsere grundsätzliche Zustimmung bereits mitgeteilt wurde, so wird ihnen eine derartige Wendung ganz unerklärlich sein.

Sewastopulo.

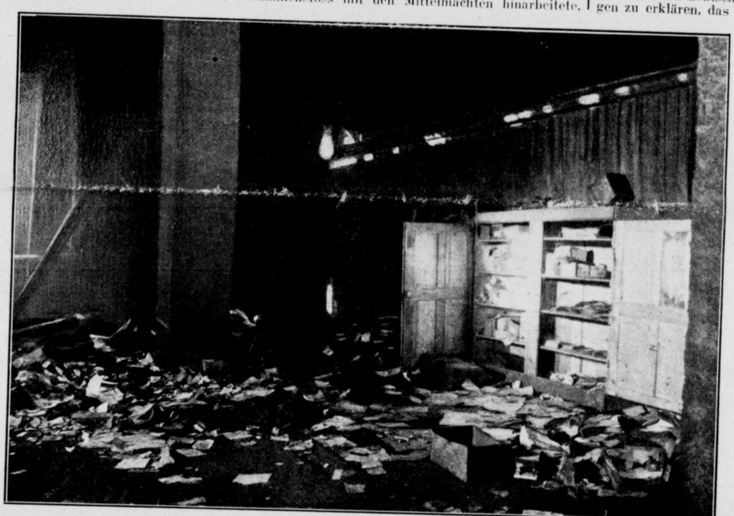
Telegramm Nr. 27. Paris, 9./22. Januar 1913.

Ich verweise auf mein Telegramm Nr. 21. Paléologue ist erneut auf die Angelegenheit Perchot zurückgekommen, die, wie er mir mitteilte, eine Quelle grosser Unannehmlichkeiten und Sorgen für Poincaré bilde. Er bat mich, Ihre wohlwollende Aufmerksamkeit noch einmal auf diese Angelegenheit zu lenken.

Sewastopulo.

Aus der ersten dieser beiden Depeschen geht hervor, dass Petersburg tatsächlich die instädige Bitte Iswolskis erfüllte und rechtzeitig, d. h. vor Poincarés Wahl zum Präsidenten der Republik, die Zusicherung einer Geldunterstützung Perchots abgab, so dass die radikalsozialistische Kampagne gegen diese Wahl gedämpft werden konnte. So war es also Iswolski gelungen, seinem Freund durch sehr aktives Eingreifen beim Aufstieg zur Präsidentenwürde zu helfen. Mit russischen Rubeln.

Da es nach allem, was die Archive bisher an Urkunden zutage gefördert haben, keinem Zweifel mehr unterliegt, dass Iswolski mit kalter Berechnung und Konsequenz auf den bewaffneten Zusammenstoss mit den Mittelmächten hinarbeitete, und da dieser selbe Mann den Einzug Poincarés ins Elysée als unabweisbare Vorbedingung für das Gelingen seiner Bestrebungen ansah, so kann man daraus wohl schliessen, dass sich die Ziele des neuen Präsidenten der Republik mit den seinigen deckten.



Wie die Separatisten in der Pfalz hausten.
Ein Amtszimmer nach ihrem Abzug.

Einigung zwischen Bayern und Reich.

Die Beilegung des militärischen Konflikts.

Amtlich wird mitgeteilt: Nach der Erledigung der sachlichen Streitpunkte zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung über den Vollzug des Wehrgesetzes wurde in den letzten Tagen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung folgendes vereinbart: „Uebereinkommen, durch das die Bestimmungen der Reichsverfassung und des Wehrgesetzes über die Einheit des Reichsheeres und die Einheitlichkeit des Oberbefehls nicht berührt werden sollen. In diesem Rahmen soll künftig auch bei der Abberufung des Landeskommandanten mit der bayerischen Regierung ins Benehmen getreten und dabei ihren begründeten Wünschen Rechnung getragen werden, bei der Verwendung bayerischer Truppen innerhalb des Landes die bayerische Regierung möglichst vorher gehört und dabei dem bayerischen Belange tunlichst Rücksicht zuteil werden, insbesondere hinsichtlich der inneren Sicherheit des Landes, die Eidesformel der gesamten Wehrmacht zur Vermeidung von Zweifeln folgende Fassung erhält: „Ich schwöre Treue der Verfassung des Deutschen Reiches und meines Heimatstaates und gelobe als tapferer Soldat, mein Vaterland und seine Gesetze mit seinen Einrichtungen jederzeit zu schützen und dem Reichspräsidenten und meinen Vorgesetzten jederzeit Gehorsam zu leisten." Durch vorstehende Vereinbarung wird der Verhandlung weitergehender, in der bayerischen Denkschrift enthaltener Wünsche nicht vorgegriffen. Mit dieser Vereinbarung ist das Einvernehmen zwischen Reichsregierung und bayerischer Staatsregierung wieder hergestellt und die Inpflichtnahme des bayerischen Teiles der Reichswehr auf die bayerische Regierung vom 2. Oktober 1923 entfallen.

Lebt das deutsche Volk in Schlemmerei?

Eine dringend wichtige Feststellung.

Von

E. v. Hayneck.

Aus Portland im Staate Oregon (U. S. A.) erhalten wir folgende Zuschrift: „Der Schriftsteller M. Harden veröffentlicht hier in mehreren Zeitungen Schilderungen über Schlemmereien und Völlereien in Deutschland. So etwas wird von der Anglo-Presse gern aufgegriffen und hat zur Folge gehabt, dass das Hilfswerk für das notleidende deutsche Volk erheblich gelitten hat."

Wir geben im folgenden einem Sachverständigen das Wort, der das wahre Elend unseres Volkes, besonders des Mittelstandes, aus eigenster Anschauung kennt, und hoffen, dass seine Ausführungen aufklärend wirken und Missverständnisse beseitigen werden.

Die Redaktion der „Wochenausgabe des Berliner Tageblatts für Ausland und Uebersee".

Während Sachverständigenausschüsse und Ententekommissionen in Berlin, Paris und London mit deutschen Grossindustriellen und Grossbanken über die Stabilisierung der Währung zum Zwecke neuer Zahlungen von Reparationsgeldern verhandeln und dem gequälten deutschen Michel durch Steuern, Auf- und Umlagen der letzte Blutstropfen ausgesogen wird, unternimmt es ein deutscher Schriftsteller, in amerikanischen Zeitungen zu erklären, das deutsche Volk — das mit solcher unsäglichen Geduld seine Leiden erträgt, leide keine Not. Maximilian Harden muss wenig oder gar keine Fühlung mit den breiten Schichten der gebildeten Kreise, mit der Unzahl „abgebauter" Beamten und Beamtinnen haben, wenn er behauptet, dass man in Deutschland ein Schlemmerleben führe. Er muss geradezu mit geschlossenen Augen durch die Strassen Berlins — seines Wohnortes — gehen, wenn ihn der Ausdruck gequälter Hetze derjenigen seiner Volksgenossen nicht jammert, die täglich, stündlich an ihm vorbeigehen, wenn er die tiefbekümmerten Gesichter der an den Strassenecken stehenden, Almosen heischenden Mütterchen nicht sieht — von der Unzahl der in dem früher so wohl organisierten Lande sonst gar nicht vorhandenen Bettler zu schweigen, wenn er nicht bemerkt, wie mühsam die Garderobe eines grossen Teils seiner Gleichgestellten, die ihm täglich begegnen, in einem verschämte Not verbergenden Zustand erhalten wird. Das deutsche Volk und der deutsche Mittelstand besitzen Gottlob in der Mehrzahl, soviel die missliche politische Lage auch auf ihnen lastet, noch Stolz genug, um die grosse Not, die zu Hause herrscht, zu verbergen, soweit es nur irgend geht. Die wenigen Schlemmerlokale, an die Herr Harden anscheinend denkt, Lokale, wie sie jede Grossstadt besitzt und in denen die internationalen Schieber und die nie aussterbende Halbwelt verkehren, sind freilich keine Plätze, in denen man sachgemässe Beobachtungen machen kann. Wer aber genauer zusieht, der wird bemerken, dass sogar auch diese Lokale sich allmählich leerten, als Anfang Dezember die Stabilisierung der Mark einsetzte und die Schieber mit Gefolge abwanderten. Den in amerikanischen Blättern veröffentlichten Behauptungen des Herrn Harden gegenüber genügt es, nur einige amtliche statistische Zahlen aus der Ueberfülle des vorhandenen Materials herauszugreifen. Am 7. Februar d. J. hielt der Vorsitzende der Berliner Arbeitsgemeinschaft, der frühere Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz, im Deutschen Lyceumklub zu Berlin, aufgefordert vom Notdienst der Berliner Frauen, einen Vortrag, in dem er aus seiner Erfahrung folgende Tatsachen herausgriff: „In den meisten Stadtteilen Berlins liegt graue Verzweiflung über den Gemütern der Bevölkerung. Die Wohnungsverhältnisse sind, so sauber die Strassen und Fassaden der Vorderhäuser auch aus früheren besseren Tagen aussehen, fürchterlich. In vielen Fällen erlebte die besichtigende Kommission, dass in einem Zimmer Eltern mit sechs, acht und sogar zehn Kindern zusammen wohnen und schlafen mussten.

Im Westen, in den besseren Kreisen, schränken sich die Inhaber möblierter Wohnungen bis aufs äusserste ein und unterziehen sich der Last, Fremde in ihre Häuslichkeiten aufzunehmen, nur um die paar Mark an Mietbeiträgen zu verdienen, die oft zum Lebensunterhalt beitragen müssen — oft, bei älteren Frauen und bei der allgemeinen Arbeitslosigkeit, auch der einzige Erwerb sind.

Die amtliche Arbeitslosenunterstützung und die Kleinrentnerhilfe werden, um den Ansprüchen der französischen Bedrückungen und den Reparationszahlungen zu genügen, täglich mehr herabgedrückt und noch mehr gekürzt werden müssen, soll der Wert der Rentenmark erhalten bleiben, um eine neue, diesmal in ihren Folgen unabsehbare Inflation zu vermeiden. Allein im Stadtteil Berlin-Wedding müssen zurzeit 66 900 Personen unterstützt werden. Sie erhalten Speisehefte, Kohlen, Schuhe und Bekleidung. Im Bezirk Berlin-Friedrichshain stirbt nach amtlicher Statistik ein Sechstel der Bevölkerung an Unterernährung und

Für die deutsche Spielwarenindustrie.

Werbenummer zur Leipziger Messe (II) und Breslauer Messe (I).